Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
BOB	S0180/20	15.05.2020

zum/zur

A0065/20 Fraktion GRÜNE/future!, SPD-Stadtratsfraktion,
Fraktion DIE LINKE

Bezeichnung

LGBTI-freie Zone in Radom? – Nicht mit Magdeburg

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister	26.05.2020
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	16.06.2020
Verwaltungsausschuss	19.06.2020
Stadtrat	09.07.2020

Der Stadtrat möge beschließen:

Gegenüber der langjährigen, freundschaftlich verbundenen Partnerstadt Radom erklärt der Stadtrat von Magdeburg als höchstes Vertretungsorgan der Landeshauptstadt:

- Dass die Rechte der LGBTI-Personen (Lesbische, schwule, bisexuelle, transgender und intersexuelle Personen) Grundrechte sind, und dass die Organe der Europäischen Union und die Mitgliedstaaten, damit die Organe der Stadt Radom, daher verpflichtet sind, diese Rechte im Einklang mit den Verträgen und der Grundrechtecharta der EU sowie dem Völkerrecht zu wahren und zu schützen;
- dass er aufs Schärfste jede Art von Diskriminierung von LGBTI-Personen und ihren Grundrechten durch öffentliche Stellen, einschließlich Hetze von öffentlichen Stellen und gewählten Amtsträgern im Zusammenhang mit Wahlen, sowie die jüngsten Erklärungen zu sogenannten LGBT-ideologiefreien Zonen in Polen, verurteilt. Er fordert die Partnerstadt auf, sich nicht zu einer LGBTI-freien Zone zu erklären!
- Seine volle Solidarität mit den LGBTI-Personen und weiteren diskriminierten Personen, Gruppen und Organisationen vor Ort und drückt seine volle Unterstützung aus;
- Dass die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte für die Landeshauptstadt Magdeburg die unverzichtbare Grundlage für langjährige, treue und freundschaftliche Partnerschaft ist.

Der Stadtrat von Magdeburg beauftragt den Oberbürgermeister von Magdeburg:

- Diese Erklärung seinem Amtskollegen und der dortigen kommunalen Selbstverwaltung in Deutsch, Polnisch und Englisch unverzüglich nach dem Beschluss des Stadtrats zu übermitteln.
- Mit Vertreter*innen vor Ort, den Gleichstellungsbeauftragten und der LGBTI-Community in Magdeburg eine Delegationsreise nach Radom zu einem geeigneten Anlass für min. 10 Personen zur Symbolisierung der Unterstützung zu organisieren.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die im Antrag vorgetragene Situation in Polen ist der Stadtverwaltung bekannt. Nähere Informationen in Radom liegen nicht vor.

Nach Bekanntwerden des interfraktionellen Antrages im Stadtrat hat der Stadtratsvorsitzende das Schreiben vom 30.04.2020 erhalten, welches vom Präsidenten des Instituts für Rechtskultur Ordo Iuris autorisiert wurde. Darin wird betont, dass sich Polen auf dem Boden der Rechtsstaatlichkeit bewegt.

Andererseits teilte der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) im Schreiben vom 14.05.2020 mit, dass sich der Präsident im Namen der Deutschen Sektion an die polnischen Verbände gewandt hat und teilte mit, dass die rund 100 Woiwodschaften,

Landkreise und Gemeinden mit der Erklärung zu sogenannten „LGBTI-freien Zonen“ der Verpflichtung aus dem Unions- und Völkerrecht widersprechen.

Es ist zu bedenken, dass eine Beurteilung innenpolitischer Angelegenheiten der Partnerstadt Radom durch den Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg bzw. die Beschlussfassung dieses Antrages die Beziehungen in die Partnerstadt verändern könnte.

Dr. Trümper